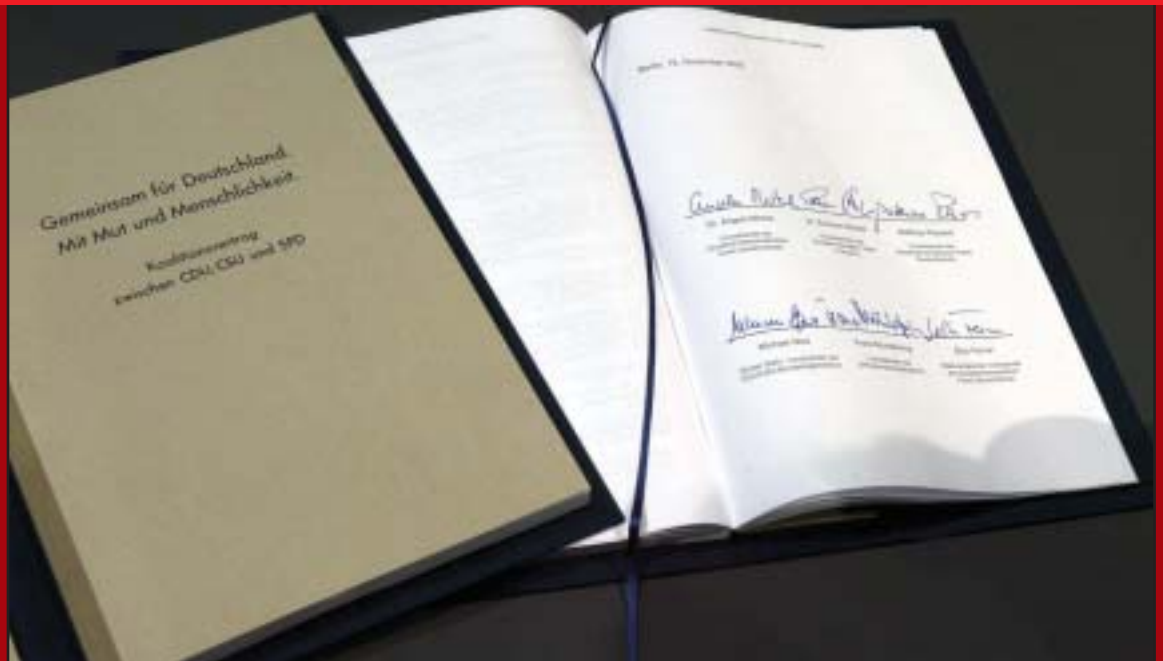


# Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit

Arbeitsschwerpunkte der Großen Koalition

FAKTEN UND ARGUMENTE





## Verantwortung für Deutschland

Nach 36 Jahren regiert in Deutschland wieder eine große Koalition. Sie ist eine Koalition der Verantwortung für Deutschland. Gemeinsam werden die großen Volksparteien SPD, CDU und CSU daran gehen, die begonnene Erneuerung des Landes fortzusetzen. Mit Franz Müntefering als Vizekanzler an der Spitze werden die sozialdemokratischen Ministerinnen und Minister für unsere Politik des sozialen Fortschritts im Kabinett eintreten.

Deutschland steckt mitten im Wandel. Es ist immer noch ein wunderbares, stabiles und friedliches Land. Aber Stillstand können wir uns nicht leisten. Das würde in der derzeitigen Situation Rückschritt bedeuten. Wir brauchen mehr wirtschaftliche Dynamik, unter Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dazu werden wir die großen Sicherungssysteme zukunftsfest machen müssen. Kinder, Bildung, Wissenschaft und Forschung, das ist der Stoff, aus dem die Zukunft gewebt ist.

Drei Ziele sind uns in den Verhandlungen wichtig gewesen:

- eine starke und prosperierende Wirtschaft, die Arbeitsplätze schaffen und sichern kann und faire Löhne zahlt;
- ein handlungsfähiger Staat, der in der Lage ist, seine Aufgaben wahrzunehmen;
- eine menschliche Gesellschaft, die liberal ist und in der individuelle Verantwortung und funktionierende Sozialsysteme maßgeblich sind.

In der Koalitionsvereinbarung haben wir detailliert beschrieben, welche politischen Projekte wir angehen wollen. Dabei haben wir viele sozialdemokratische Inhalte durchsetzen können, aber natürlich auch Zugeständnisse machen müssen. Das liegt im Wesen von Koalitionsverhandlungen auf gleicher Augenhöhe. Eine Überzeugung ist allen in der Koalition gemein: Wir wollen, dass Deutschland auch in Zukunft ein optimistisches, ein zupackendes Land ist. Dafür werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den kommenden vier Jahren in der Regierung arbeiten.

**Matthias Platzeck**  
Vorsitzender der SPD

**Hubertus Heil**  
Generalsekretär der SPD

## Inhalt

Unser Team .....	3
Arbeitsweise der Koalition .....	3
Präambel .....	4
Stimmen .....	4
Föderalismus .....	5
Wirtschaft .....	6
Arbeit .....	7
Öffentliche Haushalte .....	8
Steuern .....	9
Bildung .....	10
Forschung .....	11
Familien .....	12
Gleichstellung .....	13
Rente .....	14
Gesundheit .....	15
Pflege .....	16
Neue Bundesländer .....	17
Energie .....	18
Infrastruktur .....	19
Umwelt .....	20
Verbraucher .....	21
Landwirtschaft .....	21
Innenpolitik .....	22
Justiz .....	23
Kultur und Medien .....	24
Sport .....	24
Außenpolitik .....	25
Europa .....	26

## Impressum

Herausgeber:  
SPD-Parteivorstand, 10963 Berlin  
Stand: November 2005  
Artikelnummer: 390 1445

# Unser Team



**Franz Müntefering**  
Vizekanzler  
Minister für  
Arbeit und  
Soziales

1998/99: Bundesminister für Verkehr, Bau und  
Wohnungswesen  
1999 bis 2002 Generalsekretär der SPD  
2004 bis 15.11.2005: Parteivorsitzender der SPD



**Frank-Walter  
Steinmeier**  
Außenminister

1999 bis 2005 Chef des Bundeskanzleramtes

## Arbeitsweise der Koalition

*(Auszüge aus der  
Koalitionsvereinbarung)*

### Kooperation der Parteien

Diese Koalitionsvereinbarung gilt für die Dauer der 16. Wahlperiode. Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen. Die Partner tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung. Die Koalitionspartner ... werden ihre Arbeit in Parlament und Regierung laufend und umfassend miteinander abstimmen und zu Verfahrens-, Sach- und Personalfragen Konsens herstellen.

### Kooperation der Fraktionen

Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen. .... Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder, im Ausnahmefall, im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht.

### Arbeit im Kabinett

Im Kabinett wird in Fragen, die für einen Koalitionspartner von grundsätzlicher Bedeutung sind, keine Seite überstimmt. Ein abgestimmtes Verhalten in Gremien der EU wird sichergestellt.



**Peer Steinbrück**  
Minister  
für Finanzen

2000 - 2002: Finanzminister NRW  
2002 bis 2005 NRW-Ministerpräsident  
Stellvertretender Parteivorsitzender der SPD



**Ulla Schmidt**  
Ministerin für  
Gesundheit

2001: Bundesministerin für Gesundheit  
2002 bis 2005: Bundesministerin für Gesundheit  
und Soziale Sicherung



**Brigitte  
Zypries**  
Ministerin  
für Justiz

seit 22.10.2002: Bundesministerin der Justiz



**Sigmar Gabriel**  
Minister für  
Umwelt,  
Naturschutz und  
Reaktorsicherheit

1999 bis 2003: Ministerpräsident des Landes  
Niedersachsen



**Wolfgang  
Tiefensee**  
Minister für  
Verkehr, Bau und  
Stadtentwicklung

1998 bis 2005 Oberbürgermeister  
der Stadt Leipzig



**Heidemarie  
Wieczorek-Zeul**  
Ministerin für  
wirtschaftliche  
Zusammenarbeit  
und  
Entwicklung

seit 1998 Bundesministerin für wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und Entwicklung

„Nur die große Koalition vermag vor dem Hintergrund dieses Wahlergebnisses eine stabile, eine handlungsfähige und eine durchsetzungsstarke Regierung zu bilden. Das ist geschehen und das wird geschehen. Genau das braucht unser Land.“

(Gerhard Schröder, Rede Parteitag Karlsruhe, 14.11.05)

„Lasst es uns wagen, mit Leidenschaft für das Wünschenswerte zu kämpfen, mit Augenmaß das Machbare zu tun und Verantwortung für das Ganze zu übernehmen.“

(Franz Müntefering, Rede Parteitag Karlsruhe, 14.11.05)

## Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit

Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, demographischer Wandel und der Veränderungsdruck der Globalisierung verlangen große politische Anstrengungen, um heutigen und künftigen Generationen ein Leben in Wohlstand zu sichern. CDU, CSU und SPD stellen sich diesen Aufgaben. In gemeinsamer Verantwortung wollen wir das Land voranbringen. Wir werden unsere parlamentarische Mehrheit für strukturelle Reformen in Deutschland nutzen, Mut machen zur Anstrengung und das Vertrauen der Menschen in die Zukunftsfähigkeit des Landes stärken.

## Deutschlands Zukunft gemeinsam gestalten – Verantwortung wahrnehmen

Wir wollen Fortschritt für unser Land. Das können wir durch gemeinsame Anstrengungen erreichen. Dafür stellen wir jetzt mit unserem Regierungsprogramm die Weichen. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gewinnen, diesen Weg mitzugehen.

(Originaltext Präambel Koalitionsvereinbarung)

## Stimmen zur großen Koalition

„Die Tarifautonomie wird nicht eingeschränkt. Gleiches gilt für die Mitbestimmung. Das sind schon mal große Erfolge, auch gewerkschaftlicher Arbeit.“ (Michael Sommer, Pressekonferenz, 16.11.05)

„Positive Akzente sieht die deutsche Bauindustrie vor allem im Bereich der Verkehrsinfrastrukturpolitik.“ (Helmut Echterhoff, Vizepräsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, 14.11.05)

„Am Ende war das Ergebnis bei aller Kritik besser, als wir zwischendurch befürchten mussten.“ (Ludwig Georg Braun, Tagesspiegel, 20.11.05)

„Bei diesem Wahlergebnis ist die Große Koalition die bestmögliche Lösung. Jetzt stellen wir uns darauf ein.“ (Jürgen Thumann, BDI-Präsident, Hannoversche Allgemeine Ztg., 18.11.05)

„Der jetzt unterzeichnete Koalitionsvertrag bleibt sicher vieles schuldig, [...]. Er beinhaltet aber auch Ansätze, die Erfolge ermöglichen. Wenn sich Union und SPD nicht wechselseitig lähmen, sondern durchaus im Disput gemeinsam am Erfolg arbeiten, kann das Vorhaben gelingen.“ (Badisches Tagblatt, 18.11.05)

„Es geht um – und da haben Platzek und Merkel Recht – mehr Optimismus in diesem Land. Der Wähler hat der Großen Koalition eine Chance eingeräumt.“ (Nordkurier, Nordbrandenburg, 18.11.05)

„Diese Regierung verdient Vertrauen, und sie braucht ökonomisch allerdings auch Glück.“ (NRZ, 15.11.05)

# Föderalismus



## Ein handlungsfähiger Staat

„Wir wollen die föderalen Strukturen unseres Landes erneuern: Wir werden die Kompetenzen von Bund und Ländern entflechten, klarere Verantwortlichkeiten festlegen und das Prinzip der Subsidiarität stärken. Der Bund gewinnt mehr Handlungs- und Reaktionsfähigkeit, die Länder gewinnen mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten. Noch in dieser Legislaturperiode wollen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage stellen.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir wollen einen föderalen Staat, der handlungsfähig und transparent ist.

Die Föderalismusreform orientiert sich am Machbaren. Denn eine Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag und Bundesrat ist ohne Kompromisse nicht erreichbar. Folgendes haben wir mit dem Kompromiss erreicht:

- Die Handlungsfähigkeit des Staates wird gestärkt. Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten von Bund und Ländern sind zukünftig eindeutig verteilt. Die Rahmengesetzgebung des Bundes entfällt.
- Politische Entscheidungsprozesse werden transparenter. Bürgerinnen und Bürger erkennen zukünftig besser, wer welche Verantwortung trägt.
- In der Hochschulpolitik sind künftig die Länder weitgehend alleine zuständig. Hochschulzugang und -abschlüsse regelt der Bund.
- In der Umweltpolitik ist der Bund zuständig. Die Länder können von der Bundesgesetzgebung unter bestimmten Bedingungen abweichen.
- Die soziale Wohnraumförderung wird Länderkompetenz.
- Bund und Länder vereinbaren einen nationalen Stabilitätspakt. Auch die Länder sind für die Einhaltung der EU-Defizitquote verantwortlich.
- Die kleinen und finanzschwachen Länder sollen weiter lebensfähig bleiben und im Wettbewerb mit den großen und finanzstarken Ländern bestehen können.
- Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse wird in ganz Deutschland gewährleistet.
- Die Anzahl der im Bundesrat zustimmungspflichtigen Gesetze wird von 60% auf 30% halbiert. So müssen sie nicht mehr monatelang im Vermittlungsausschuss verhandelt werden.
- Die Länderparlamente werden gestärkt.

## Bund-/Länder-Kompetenzen

### Alleinige Kompetenz der Länder (Auszug):

- Versammlungsrecht
- Strafvollzug
- Notariat
- Heimrecht
- Ladenschlussrecht
- Gaststättenrecht
- Spielhallen/Schaustellung von Personen
- Messen, Ausstellungen und Märkte
- Flurbereinigung
- Siedlungs- und Heimstättenwesen
- Sport-, Freizeit- und sog. sozialer Lärm
- die allgemeinen Rechtsverhältnisse der Presse

### Alleinige Kompetenz des Bundes (Auszug):

- Waffen- und Sprengstoffrecht
- Kompetenz zur Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt in besonderen Fällen
- Erzeugung und Nutzung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken, Errichtung und Betrieb von Anlagen, die diesen Zwecken dienen
- Melde- und Ausweiswesen
- Schutz deutschen Kulturguts gegen Abwanderung ins Ausland



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass die Binnenkonjunktur durch kräftige Wachstumsimpulse gestärkt wird – zum Beispiel durch die Förderung der energetischen Gebäudesanierung oder die stärkere Anrechenbarkeit von Betreuungskosten.
- Wir haben durchgesetzt, dass Handwerkerrechnungen steuerlich abgesetzt werden können.
- Wir haben durchgesetzt, dass der Bund einen aktiven Beitrag dazu leistet, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010 auf 3% des Bruttoinlandsprodukts steigen.

## Mehr Wachstum – mehr Beschäftigung

„Deutschland braucht eine Wachstumsstrategie mit deutlich höheren Investitionen. Ein zentrales Ziel der Koalition ist neues Wachstum und mehr Beschäftigung für Deutschland.“

Deutschland muss sich dem rasanten, weltweiten Strukturwandel offensiv stellen. Die Zeit drängt, die internationale Konkurrenz steht nicht still. Es muss schnell gehandelt werden. Die Stärkung der Fundamente der Sozialen Marktwirtschaft ist Voraussetzung für neues Wachstum und mehr Beschäftigung in Deutschland. Seit rund 10 Jahren ist die deutsche Wirtschaft durch eine ausgesprochene Wachstumsschwäche gekennzeichnet. Das schwache Wachstum ist die wesentliche Ursache für den spürbaren Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung.

Deshalb müssen neues Wachstum generiert und mehr Beschäftigungschancen eröffnet werden. Ohne deutlich mehr Wachstum ist eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen nicht möglich. Ein halbes Prozent mehr Wachstum würde rund 2,5 Mrd. Euro mehr Steuereinnahmen und etwa 2,3 Mrd. Euro Mehreinnahmen bei den Sozialversicherungen erbringen. Notwendig ist ein neuer Wachstumsschub durch die Belebung von Investitionen und Innovationen; durch eine Stärkung des Verbrauchervertrauens wollen wir die private Konsumnachfrage beleben. Dies hat wirtschaftspolitisch Vorrang.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir investieren bis 2009 rund 25 Milliarden Euro für Innovationen, Wachstum und Beschäftigung.

- **Rund 6 Milliarden Euro für Innovationen**  
Der Anteil von Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt soll bis 2010 auf 3% angehoben werden (der Staat trägt ein Drittel, die Wirtschaft zwei Drittel); die Exzellenzinitiative zur Stärkung der Hochschulforschung und der Pakt für Forschung und Innovation werden fortgesetzt.
- **Rund 6,5 Milliarden Euro zur Belebung der Wirtschaft**  
Die steuerlichen Abschreibungsbedingungen für Unternehmen werden verbessert, das Programm zur energetischen Gebäudesanierung wird aufgestockt, die Investitionszulage in den neuen Bundesländern wird fortgesetzt. Außerdem sind weitere Steuererleichterungen für kleine und mittlere Betriebe geplant.
- **Rund 4,3 Milliarden Euro zur Verbesserung der Infrastruktur**  
Zum Beispiel sollen die Verkehrsinvestitionen aufgestockt werden.
- **Rund 5 Milliarden Euro zur Förderung von Handwerk und Dienstleistungen**  
Dazu gehören die steuerliche Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen, die stärkere Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten und die Ausweitung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von privaten Aufwendungen für Erhaltung und Modernisierung des Haushalts.
- **Rund 3 Milliarden Euro zur Förderung von Familien**  
Das neue Elterngeld verbessert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und löst konjunkturelle Impulse aus.

# Arbeit



## Neue Chancen auf Arbeit

„Der Abbau der Arbeitslosigkeit ist zentrale Verpflichtung unserer Regierungspolitik. Wir wollen mehr Menschen die Chance auf Arbeit geben. Arbeit bedeutet nicht nur Sicherung des Lebensunterhalts, sondern ermöglicht Teilhabe und Teilnahme am sozialen Leben. Wenn wieder mehr Menschen Arbeit haben, verbessert dies auch die Lage der Finanz- und Sozialsysteme unseres Landes.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir helfen Jugendlichen unter 25 beim Einstieg ins Berufsleben.

- Jährlich sollen 30.000 neue Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.
- Der Einstieg in die Berufsausbildung, ausbildungsbegleitende Hilfen, die Berufsausbildung von Benachteiligten werden gefördert; junge Menschen mit Behinderungen erhalten besondere Hilfen.
- Wir wollen junge Menschen durch eine bessere Betreuung – ein Arbeitsvermittler für höchstens 75 Jugendliche – besser und schneller vermitteln.

### Wir helfen älteren Arbeitnehmern mit einem „Programm 50 Plus“.

- In 62 Regionen sollen Beschäftigungspakte für Ältere eingerichtet werden.
- Gewerkschaften und Arbeitgeber treffen verbindliche Absprachen zu Qualifizierung und Weiterbildung, zu einer altersgerechten Gestaltung von Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen.
- Für Langzeitarbeitslose ab 58 Jahre stellt der Bund 30.000 Beschäftigungsmöglichkeiten zur Verfügung; ggf. sollen sie gemeinsam mit den Ländern noch aufgestockt werden.

### Wir senken die Lohnzusatzkosten dauerhaft unter 40 Prozent.

- Wir wollen den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2007 von 6,5 auf 4,5 Prozent zurückführen: ein Prozentpunkt durch Effizienzgewinne und Effektivitätssteigerung der Bundesagentur, ein Prozentpunkt durch den Einsatz eines vollen Punktes der höheren Mehrwertsteuer.

### Wir prüfen die Einführung eines Kombi-Lohn-Modells.

- Wir wollen die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination von Arbeitslohn und Sozialleistung erleichtern und damit zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten schaffen. Hierdurch sollen weder dauerhafte Subventionen von Unternehmen noch neue Arbeitsmarktinstrumente eingeführt werden. Gleichzeitig prüfen wir die Möglichkeiten zur Einführung eines Mindestlohns.

### Wir bekämpfen illegale Beschäftigung.

- Wir werden Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Schattenwirtschaft konsequent und mit Nachdruck bekämpfen. Der Ehrliche darf in unserem Land nicht der Dumme sein.

### Wir entwickeln die Mitbestimmung weiter.

- Wir werden eine moderne und europataugliche Weiterentwicklung der deutschen Unternehmensmitbestimmung auf der Basis der Vorschläge der eingesetzten Regierungskommission vorantreiben.

## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass der Grundsatz Fördern und Fordern erhalten bleibt.
- Wir haben durchgesetzt, dass das Arbeitslosengeld II Ost auf das Westniveau von 345 Euro angepasst wird.
- Wir haben durchgesetzt, dass Tarifautonomie und Mitbestimmung bewahrt werden.
- Wir haben durchgesetzt, dass das Arbeitnehmerentsendegesetz auch für Gebäudereiniger gilt. Eine generelle Ausweitung oder die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns war mit der Union nicht möglich.
- Wir haben den Kündigungsschutz bewahrt. Anstelle der gesetzlichen Regelwartezeit kann nun eine Wartezeit von 24 Monaten vereinbart werden. Gleichzeitig wird die Möglichkeit, Arbeitsverträge auf 24 Monate zu befristen, abgeschafft.

# Öffentliche Haushalte



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass nicht nur gespart wird, sondern dass wir auch weiter gestalten – indem wir 25 Mrd. Euro in Wachstum und Beschäftigung investieren
- Wir haben durchgesetzt, dass nicht mehr gerechtfertigte Subventionen, wie zum Beispiel die Eigenheimzulage, abgeschafft werden.
- Wir haben durchgesetzt, dass die Mehrwertsteuer erst zum 1. Januar 2007 erhöht wird – nicht wie von der Union geplant bereits zum 1. Januar 2006.
- Der ermäßigte Mehrwertsteuersatz von 7% auf Lebensmittel und andere Güter wird nicht angetastet.
- Mieten bleiben mehrwertsteuerfrei.

## Eine solide finanzielle Basis

„Die Lage der Haushalte von Bund, Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen hat sich seit Mitte der neunziger Jahre ständig verschlechtert. Die öffentlichen Haushalte befinden sich derzeit in einer außerordentlich ernsten Lage. Die laufenden Ausgaben liegen zum Teil dramatisch über den regelmäßig fließenden Einnahmen. Der daraus erwachsende Konsolidierungsbedarf ist enorm und kurzfristig nicht zu bewältigen.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir werden sparen und Subventionen abbauen.

Ab 2006 beträgt die Lücke im Bundeshaushalt rund 35 Mrd. Euro pro Jahr. Rund zwei Drittel aller kommunalen Haushalte sind überschuldet, und eine Mehrheit der Bundesländer weisen einen verfassungswidrigen Haushalt auf. Das notwendige Sparen muss konjunkturgerecht erfolgen. Deshalb werden wir uns 2006 darauf konzentrieren, die Wachstumskräfte im Inland (Investitionen und privater Verbrauch) zu stärken. Dabei nehmen wir in Kauf, dass die 3-Prozent-Defizitgrenze des Stabilitäts- und Wachstumspaktes erst 2007 erreicht wird.

### Wir setzen bei der Konsolidierung Schwerpunkte:

- **Öffentlicher Dienst:** Die Gesamtausgaben von 15 Milliarden Euro werden um 1 Milliarde Euro reduziert.
- **Steuervergünstigungen:** Die Eigenheimzulage für Neufälle wird abgeschafft. Die Entfernungspauschale wird in eine Fernpendlerpauschale umgewandelt, d.h., zukünftig können erst ab einer Entfernung von 21 km 30 Cent/Kilometer geltend gemacht werden. Der Sparerfreibetrag wird von 1.370 Euro / 2.740 Euro (Verh.) auf 750 Euro / 1.500 Euro gekürzt. Das alles wird zum 1.1.2006 umgesetzt.
- **Weitere Einsparungen:** Die Sozialversicherungsabgabe für gewerbliche Mini-Jobs wird auf 30% angehoben. Die Sozialversicherungsbefreiung für Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge wird zukünftig auf einen Stundenlohn von 25 Euro beschränkt. Kleine und mittlere Einkommen – z.B. von Krankenschwestern oder Busfahrern – sind davon nicht betroffen.
- **Einsparung beim Arbeitslosengeld II:** Arbeitslose ALG-II-Bezieher unter 25 Jahre müssen wieder von ihren Eltern unterstützt werden, wenn diese dazu in der Lage sind. Ebenso fällt die Finanzierung einer ersten eigenen Wohnung über das ALG II für sie weg. Der Zahlbetrag für die gesetzliche Rentenversicherung für ALG-II-Bezieher wird von 78 Euro auf 40 Euro monatlich reduziert.

### Die Mehrwertsteuer steigt zum 1.1.2007 auf 19%.

- Die Deckungslücke von 35 Mrd. Euro kann nicht allein durch Sparmaßnahmen finanziert werden. Würden wir nur diesen Weg gehen, wäre die Kürzung von BaföG, Erziehungsgeld, Renten usw. die Folge. Das wollten wir nicht. Entgegen unserer Ankündigung im Bundestagswahlkampf wird die Mehrwertsteuer zum 1.1.2007 um 3%-Punkte auf 19% angehoben.



# Steuern

## Lasten gerecht verteilen

„Das hohe strukturelle Defizit des Staatshaushalts und der Schuldendienst begrenzen die Handlungsfähigkeit des Staates. Um Deutschlands öffentliche Finanzen auf eine solide Basis zu stellen, sind die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden in einer gemeinsamen Anstrengung zu konsolidieren. Wir werden:

- sanieren, reformieren und investieren
- und dabei die Lasten gerecht auf alle Schultern verteilen.

Wir werden mutig sparen und Subventionen abbauen. Das hat Vorrang. Aber ohne Steuererhöhungen ist die für unser Land wichtige Konsolidierung nicht zu schaffen.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir werden das Steuersystem zukunftsorientiert reformieren.

- Wir werden das Unternehmenssteuerrecht für Körperschaften und Personenunternehmen zum 1. Januar 2008 grundlegend reformieren und international wettbewerbsfähige Steuersätze einführen.
- Die Gewerbesteuer wird weiterentwickelt.
- Das Einkommensteuerrecht wird modernisiert. Die Steuerklassen werden abgeschafft: dafür soll ein Anteilssystem eingeführt werden, bei dem jeder Ehegatte künftig soviel Lohnsteuer zahlt, wie es seinem Anteil am gemeinsamen Bruttolohn entspricht.
- Wir setzen Steuererleichterungen für den Mittelstand durch: unter anderem bessere Abschreibungsbedingungen zur Stärkung der Wirtschaftskraft.
- Wir wollen die betriebliche Erbschaftsteuer spätestens zum 1.1.2007 absenken, wenn eine Unternehmensnachfolge garantiert ist.

### Wir werden die Steuerlast gerecht verteilen.

- Spitzenverdienern (zu versteuerndes Jahreseinkommen ab 250.000 Euro / 500.000 Euro Verheiratete) sollen durch einen höheren Spitzensteuersatz von 45% stärker herangezogen werden.
- Steuervergünstigungen, beispielsweise die Möglichkeit, über Fondsmodelle (Schiffsbeteiligungen und Medienfonds) Steuern zu sparen, werden gestrichen
- Bisher steuerfreie private Veräußerungsgewinne sollen besteuert werden.
- Umsatzsteuerbetrug wird verstärkt bekämpft.
- Die Steuerfreiheit der Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge bleibt erhalten.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass der linear progressive Einkommensteuertarif bleibt und es auch künftig eine Besteuerung nach Leistungsfähigkeit gibt.
- Wir haben durchgesetzt, dass Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge steuerfrei bleiben.
- Wir haben durchgesetzt, dass Bürgerinnen und Bürger mit besonders hohem Einkommen ab 250.000 Euro (Ledige) / 500.000 Euro (Verheiratete) ab 1.1.2007 einen Steuersatz von 45% statt bisher 42% entrichten. Gewerbebetriebe sind davon ausgenommen.
- Wir haben durchgesetzt, dass die Gewerbesteuer erhalten bleibt.



## Unsere Handschrift

- Wir tragen Sorge dafür, dass die Chancengleichheit im Bildungssystem ein wichtiges Ziel der Regierungspolitik bleibt.
- Die Mittel des erfolgreichen Programms zur Förderung von Ganztagschulen sind gesichert.
- Das BAföG bleibt in der bestehenden Form erhalten.

## Gerechte Chancen für alle

„Bildung ist der Schlüssel für individuelle Lebenschancen und kulturelle Teilhabe, für Entwicklung und Innovation. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. Dazu muss unser Bildungssystem insgesamt transparenter und durchlässiger sein und eine bessere individuelle Förderung gewährleisten.“

Der Zusammenhalt und die soziale Entwicklung unserer Gesellschaft, unser Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft hängen immer stärker davon ab, welchen Stellenwert Bildung erhält. Bildung ist der entscheidende Zukunftsfaktor für unser Land, aber auch für die Chancen jedes einzelnen Menschen.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir sorgen für bessere Betreuung und Bildung von früh auf.

- Ganztägige Bildung und Erziehung schaffen erweiterte Möglichkeiten, alle Talente zu fördern und die Schwächen auszugleichen. Deshalb setzen wir uns für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen ein. Die für das Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ zum Bau von Ganztagschulen geplanten Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von rund 4 Mrd. Euro sollen bis zum Ende der Legislaturperiode abrufbar bleiben.

### Jeder Jugendliche muss eine Chance auf Ausbildung erhalten.

- Die Bundesregierung wird alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten ergreifen, um das Ziel zu erreichen, dass kein Jugendlicher unter 25 Jahre länger als drei Monate arbeitslos ist. Den Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs werden wir unter Einbeziehung von Wirtschaft und Gewerkschaften weiterentwickeln.
- Das Angebotsspektrum der Berufsausbildung wird durch gestufte Ausbildungsordnungen erweitert, um den Leistungsunterschieden der Jugendlichen besser entsprechen zu können. Jugendliche und Unternehmer mit Migrationshintergrund sollen gezielt für die Beteiligung an der beruflichen Bildung gewonnen werden.
- Jugendliche und Erwachsene ohne Abschluss sollen eine „Zweite Chance“ erhalten, um einen Schulabschluss nachholen oder eine Ausbildung erfolgreich durchlaufen zu können.

### Wir wollen, dass das Bildungssystem durchlässiger wird.

- Wir wollen das Bildungssystem durchlässiger machen. Die Zulassung zu Fachhochschulen und Universitäten auf der Grundlage einer erfolgreich abgeschlossenen Berufsausbildung soll im Hochschulrecht grundsätzlich ermöglicht werden.
- Wir wollen mittelfristig die Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungssystems machen und mit bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen eine Weiterbildung mit System etablieren.
- Wir halten fest am Ziel, mindestens 40% eines Altersjahrgangs für ein Hochschulstudium zu gewinnen. Deutschland braucht mehr Hochqualifizierte, um den wirtschaftlichen Anforderungen der Zukunft Rechnung zu tragen.
- Das BAföG als Sozialleistung wird in seiner jetzigen Struktur zur Finanzierung des Lebensunterhalts erhalten (keine Reduzierung des Zuschusses).

# Forschung



## In die Köpfe investieren

„Deutschland als hoch industrialisiertes Land mit wenigen Rohstoffen muss seine Kraft dort konzentrieren, wo es wettbewerbsfähig ist. In innovativen Bereichen mit hoher Wertschöpfung entwickeln wir neue Produkte, Ideen für Ressourcen schonende Verfahren und zukunftsweisende Dienstleistungen. Aus Forschung für Mensch und Umwelt entstehen Innovationen, die Arbeitsplätze sichern und die Lebensqualität verbessern. Voraussetzung dafür ist ein hoher Leistungsstand bei Forschung und Entwicklung sowie bei der Anwendung und Weiterentwicklung moderner Technologien.“

Deutschland hat gute Voraussetzungen, um Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung zu erbringen. Wir haben eine breite gute, teils exzellente Hochschul- und Forschungslandschaft und innovative Unternehmen. ...

Wir wollen eine Innovationspolitik, die die gesamte Wertschöpfungskette von der Grundlagenforschung bis zur Anwendung im Blick hat. Wir setzen uns für die Internationalisierung der Wissenschaft als Beitrag zur Gestaltung von Globalisierungsprozessen ein.“ (Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir wollen eine Innovationspolitik aus einem Guss.

- Wir werden gemeinsam mit Wissenschaft und Wirtschaft Innovationsstrategien für Spitzentechnologien entwickeln, um Technologie- und Marktführerschaften für Deutschland auszubauen oder zu erobern.
- Wir wollen, dass die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf mindestens 3% des Bruttoinlandsproduktes steigen. Dazu sind erhebliche gemeinsame Anstrengungen von Staat und Wirtschaft erforderlich.
- Wir werden die zwischen Bund und Ländern vereinbarte Exzellenzinitiative zur Stärkung der Hochschulforschung und den „Pakt für Forschung und Innovation“ umsetzen.
- Wir werden die Bedingungen für wachstumsorientierte Unternehmensgründungen durch eine Gründerinitiative weiter verbessern, insbesondere für Ausgründungen aus der Wissenschaft.
- Wir werden neue Instrumente für eine verbesserte Umsetzung wissenschaftlicher Ergebnisse in Produkte und Dienstleistungen schaffen.
- Wir werden die Initiative „Partner für Innovation“ unter besonderer Berücksichtigung innovativer mittelständischer Unternehmen weiterentwickeln.

## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass die von uns begonnene Innovationspolitik konsequent fortgeführt wird.
- Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollen bis 2010 auf 3% des Bruttoinlandsproduktes erhöht werden.
- Projekte, die wir begonnen haben – wie die Exzellenzinitiative und die „Partner für Innovation“ –, werden weiterentwickelt.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass es in der Familienpolitik klare Schwerpunkte bei der Stärkung der Kinderbetreuung und bei der Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gibt.
- Das Tagesbetreuungs- ausbaugesetz gilt weiter: Bis 2010 sollen 230.000 weitere Betreuungsplätze entstehen.
- Mit dem Elterngeld wird ein wichtiger Baustein sozialdemokratischer Familienpolitik umgesetzt.
- Gemeinsam mit den Ländern wird entschieden, die Gebühren für das letzte Kindergartenjahr zu streichen.

## Familienfreundliche Gesellschaft

„Unser Ziel ist eine ganzheitliche Politik für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die den Zusammenhalt der Generationen und damit der gesamten Gesellschaft fördert und stärkt. Wir wollen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft. Wir wollen deutlich machen, ohne Kinder hat Deutschland keine Zukunft.“

Familien sind Leistungsträger dieser Gesellschaft. Wir wollen ihre Leistungsfähigkeit und Eigenverantwortung stärken, angefangen von traditionellen Familien bis hin zu Patchwork-, Stief- und Einelternfamilien.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir sorgen für gute und bezahlbare Betreuungsangebote.

- Wir werden den Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben. Die Koalitionspartner stehen zu dem mit dem Tagesbetreuungs- ausbaugesetz verankerten Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder als einer gesellschaftspolitischen Aufgabe, für die auch der Bund Verantwortung trägt. Bis zum Jahr 2010 entstehen 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze.
- Betreuungskosten dürfen Eltern nicht davon abhalten, den Kindern den Besuch eines Kindergartens und eine gute Förderung zu ermöglichen. Wir wollen deshalb mit den Ländern gemeinsam nach Wegen suchen, die bereits in einigen Ländern vorgesehene bzw. umgesetzte Gebührenbefreiung der Eltern im letzten Kindergartenjahr bundesweit zu ermöglichen.
- Wir wollen, dass erwerbstätige Eltern Kinderbetreuungs-kosten steuerlich geltend machen können.

### Wir wollen, dass Familie und Beruf vereinbar sind.

- Wir wollen ab 2007 die wirksame und nachhaltige wirtschaftliche Sicherung von Familien unmittelbar nach der Geburt von Kindern durch ein Elterngeld fördern. Dieses soll als Einkommensersatzleistung 67% des vorherigen pauschalierten Nettoerwerbseinkommens betragen.
- Der Teilzeitanspruch nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz sowie der Anspruch auf eine dreijährige Elternzeit bleiben erhalten.
- Wir wollen Dienstleistungsangebote für Familien (z.B. qualifizierte Tagespflege) stärker fördern. So verbessern wir Vereinbarkeit von Familie und Beruf und schaffen neue Jobchancen.
- Wir wollen mehr „lokale Bündnisse für Familien“. Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger Standortfaktor für Städte und Gemeinden, der nicht nur die Lebensqualität sondern auch ihre wirtschaftliche Attraktivität und Leistungsfähigkeit erhöht.

### Wir wollen Kinder und Familien besser fördern.

- Wir wollen Kinderarmut bekämpfen und hierzu den Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern mit Wirkung ab dem Jahr 2006 verbessern. Wir wollen den Berechtigtenkreis ausweiten, um weitere Kinder zu erreichen und ihren Eltern zu ermöglichen, ohne Bezug von ALG II für sie zu sorgen.
- Wir wollen alle familienbezogenen Leistungen in einer „Familienkasse“ bündeln. Dies führt zu mehr Transparenz und zu einer zielgenaueren Familienförderung.

# Gleichstellung



## Unsere Handschrift

- Eine konsequente Gleichstellungspolitik hat Tradition bei der SPD. Die im Koalitionsvertrag formulierten Maßnahmen gehen im Wesentlichen auf Vorschläge der SPD zurück.

## Mehr Geschlechtergerechtigkeit

„Wir wollen dazu beitragen, dass Frauen und Männer ihre Lebensvorstellungen verwirklichen können. ... Gleichstellungspolitik muss sich an den Erwartungen und Lebensentwürfen von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen orientieren. Frauen sind heute beruflich so gut qualifiziert wie nie zuvor. Deshalb setzen wir uns für einen besseren, benachteiligungsfreien Zugang zu Existenz sichernder Erwerbsarbeit und zu Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen ein.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir wollen Defizite bei der Gleichstellung beseitigen.

- Wir werden einmal in jeder Legislaturperiode einen „Bericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern“ vorlegen und in einer nachfolgenden Regierungserklärung Fortschritte aufzeigen, die verbliebenen Defizite offenlegen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen darlegen.

### Wir wollen bessere Arbeitsmarktchancen für Frauen.

- Wir wollen die Frauenerwerbsquote – entsprechend den europäischen Vorgaben – auf über 60 Prozent steigern. Wir werden das Ziel weiter verfolgen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“ entsprechend einer europäischen Verpflichtung zu verwirklichen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Frauen die gleichen Karrierechancen und den gleichberechtigten Zugang zu Führungspositionen in der Wirtschaft, in der Wissenschaft und in der Forschung erhalten. Auf der Basis der zweiten Bilanz über die freiwillige Vereinbarung zwischen Wirtschaft und Bundesregierung werden wir deshalb über dann möglicherweise notwendige, verbindliche Instrumente befinden.
- Die Koalitionspartner sind sich einig, dass die Auswirkungen der „Hartz-Gesetze“ speziell auf die Situation von Frauen zu prüfen und gegebenenfalls nachzubessern sind.
- Die einzelnen Förderinstrumente für Arbeitslose müssen Frauen, vor allem, wenn sie langzeitarbeitslos sind oder selbst keine Geldleistungen empfangen, mindestens entsprechend ihrem Anteil an der Arbeitslosigkeit zugute kommen. Sie müssen ihren spezifischen Bedürfnissen entsprechen.
- Wir wollen gewährleisten, dass auch Nichtleistungsempfänger und Nichtleistungsempfängerinnen in Bedarfsgemeinschaften kranken- und pflegeversichert sind.
- Um die Auswirkungen auf die Geschlechter feststellen und auswerten zu können, sind alle Arbeitsmarkt- und Arbeitslosendaten geschlechtsspezifisch zu erstellen.

### Wir wollen Gewalt gegen Frauen effizienter bekämpfen.

- Wir werden den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen fortschreiben. Das Gewaltschutzgesetz wird überprüft und gegebenenfalls novelliert.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass die Renten nicht gekürzt werden.
- Die Anhebung des Renteneintrittsalters wird ein schrittweiser Prozess sein, der langfristig angelegt ist.
- Die gesetzliche Rente bleibt wichtigster Pfeiler der Altersvorsorge. Es wird keinen Abschied vom Solidarprinzip geben.
- Wir haben durchgesetzt, dass die Kinderzulage erhöht wird und im Rahmen der Altersvorsorge angelegt werden kann.

## Eine nachhaltige Altersvorsorge

„Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt auch in Zukunft die wichtigste Säule der Altersvorsorge. ...

Die steigende Lebenserwartung und der damit verbundene demografische Wandel sind große Herausforderungen für unser Alterssicherungssystem. Die aktuelle Beschäftigungssituation auf dem Arbeitsmarkt führt zu erheblichen Beitragsausfällen in den sozialen Sicherungssystemen. Mit den bereits beschlossenen Rentenreformen sind für die nachhaltige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Rente die grundsätzlichen Antworten gegeben worden. Die mit dem längeren Rentenbezug verbundenen Mehrausgaben in der Rentenversicherung gilt es, in einem ausgewogenen Verhältnis von Jung und Alt, von den Rentnern und Rentnerinnen sowie von Beitrags- und Steuerzahlern und -zahlerinnen gemeinsam zu tragen. Diese Orientierung wird bei den notwendigen rentenpolitischen Entscheidungen ergänzt durch die Prinzipien der Demografiebeständigkeit, der Generationengerechtigkeit und der Chancen der Teilhabe auf dem Arbeitsmarkt.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir wollen die betriebliche und private Altersvorsorge stärken.

- Zur Sicherung des Lebensstandards im Alter ist eine Ergänzung der gesetzlichen Rente durch betriebliche und private Altersvorsorge unerlässlich. Im Jahr 2007 wird geprüft, welchen Verbreitungsgrad die betriebliche und private Altersvorsorge erreicht hat und wie die weitere Entwicklung des Ausbaus einzuschätzen ist. Wenn sich zeigt, dass durch die Förderung mit den bisherigen Instrumenten eine ausreichende Verbreitung der zusätzlichen Altersvorsorge nicht erreicht werden kann, werden wir über geeignete weitere Maßnahmen zur Sicherung der Altersvorsorge entscheiden.

### Wir müssen das Renteneintrittsalter anheben.

- Wir werden im Jahr 2007 die gesetzlichen Regelungen für eine Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre beschließen. Ab 2035 wird sie dann für alle Geburtsjahrgänge gelten. Versicherte, die mindestens 45 Pflichtbeitragsjahre aus Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege erreicht haben, werden weiterhin mit 65 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können.
- Die Anhebung des Renteneintrittsalters setzt eine nachhaltige Verbesserung der Beschäftigungssituation älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer voraus. Wir werden deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, die Beschäftigungsmöglichkeiten für Ältere kontinuierlich zu verbessern.

### Wir helfen Familien bei der Altersvorsorge.

- Um Möglichkeiten gerade von Familien zu verbessern, sich eine zusätzliche private Altersvorsorge aufzubauen, wollen wir die Kinderzulage für die ab 1.1.2008 geborenen Kinder von 185 Euro auf 300 Euro jährlich erhöhen.

# Gesundheit



## Gute Versorgung für alle

„Deutschland hat ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitswesen, das den Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu einer hochwertigen Gesundheitsversorgung und zugleich rund 4,2 Millionen Beschäftigten und Selbständigen Arbeitsplätze bietet. Das Gesundheitswesen ist eine dynamische Wirtschaftsbranche mit Innovationskraft und erheblicher ökonomischer Bedeutung für den Standort Deutschland. Angesichts großer Herausforderungen, insbesondere des demografischen Wandels und des medizinischen und medizinisch-technischen Fortschritts, muss das Gesundheitswesen jedoch ständig weiterentwickelt werden. Dabei ist unser Leitbild die Sicherung eines leistungsfähigen und demografiefesten Gesundheitswesens mit einer qualitativ hoch stehenden Versorgung für die Patientinnen und Patienten sowie die Gewährleistung einer solidarischen und bedarfsgerechten Finanzierung.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Grundsatzentscheidungen fallen 2006.

- Die Koalition sieht eine ihrer großen Herausforderungen darin, die dauerhafte Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens durch stabile Finanzstrukturen zu sichern. Wir wollen für diese Frage im Laufe des Jahres 2006 gemeinsam eine Lösung entwickeln und die Grundlage für ein leistungsfähiges und solidarisches Gesundheitswesen sichern. Dabei beziehen wir auch die Erfahrungen anderer Länder mit ein.

### Wir wollen den Wettbewerb im Gesundheitswesen verstärken.

- Die letzte – parteiübergreifend vereinbarte – Gesundheitsreform hat spürbar mehr Wettbewerb ins Gesundheitswesen gebracht. Diesen Weg müssen wir konsequent weitergehen. Dies betrifft sowohl die Krankenkassen als auch Ärzte, Krankenhäuser, Apotheken und Pharmaindustrie.
- Krankenkassen und Leistungserbringer sollen deshalb stärker über Umfang, Preise und Qualität der Versorgung verhandeln können, ohne dass der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Vereinigungen ausgehöhlt wird
- Um die Wahlmöglichkeiten der privat Krankenversicherten auszuweiten und den Wettbewerb innerhalb der privaten Kassen zu stärken, sollen die individuellen Altersrückstellungen bei einem Wechsel zwischen privaten Versicherungen übertragen werden können. Darüber hinaus soll geprüft werden, ob und wie eine Übertragung der Altersrückstellungen auch bei Versicherten erfolgen kann, die von einer privaten zu einer gesetzlichen Krankenversicherung wechseln.

### Patientenrechte und Prävention erhalten mehr Gewicht.

- Prävention wird zu einer eigenständigen Säule der gesundheitlichen Versorgung ausgebaut. Mit einem Präventionsgesetz sollen die Grundlagen für eine bessere und effizientere Prävention gelegt werden.
- Die Informations- und Beteiligungsrechte der Patientinnen und Patienten sollen gestärkt, die Transparenz im Gesundheitswesen soll erhöht werden.

## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass die Krankenversicherung solidarisch bleibt und niemand den Versicherungsschutz verliert.

- Die Privatisierung von Risiken, Leistungsausgrenzungen, das Einfrieren des Arbeitgeberbeitrags oder erweiterte Zuzahlungen wird es nicht geben.

- Wir haben durchgesetzt, dass Krankenkassen leichter fusionieren können. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Macht der etablierten Kartelle im Gesundheitswesen zu begrenzen.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass die solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung erhalten bleibt.
- Wir haben durchgesetzt, dass die private Pflegeversicherung an der Solidarlast beteiligt ist.
- Wir haben dafür gesorgt, dass Prävention und Rehabilitation gestärkt werden, um Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.

## Leitbild menschliche Pflege

„Die Pflegeversicherung bleibt ein zentraler Baustein der sozialen Sicherungssysteme. Die solidarische Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit mit dem Leitbild einer menschlichen Pflege wird auch in Zukunft gewährleistet sein. Die Pflegeversicherung muss jedoch – wie auch die anderen sozialen Sicherungssysteme – den Herausforderungen der Zukunft gerecht werden.

Dies gilt insbesondere für die demographische Entwicklung. Auch für die soziale Pflegeversicherung gilt der Maßstab, dass die erwerbstätige Generation nicht überfordert werden darf. Eigenverantwortung und Eigeninitiative müssen gestärkt werden und Solidarität ist nicht nur innerhalb der einzelnen Generationen, sondern auch zwischen den Generationen gefordert. Dabei kommt der Bereitschaft zur Selbsthilfe und zum ehrenamtlichen Engagement besondere Bedeutung zu.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir wollen eine solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung.

- Um sicherzustellen, dass die Pflegebedürftigen auch in Zukunft die Pflegeleistungen erhalten, die sie für eine ausreichende und angemessene Pflege zu einem bezahlbaren Preis brauchen, ist die Ergänzung des Umlageverfahrens durch kapitalgedeckte Elemente – wie beispielsweise ein ergänzender Kapitalstock – notwendig.
- Zum Ausgleich der unterschiedlichen Risikostrukturen wird ein Finanzausgleich zwischen gesetzlicher und privater Pflegeversicherung eingeführt. Damit wird die private Pflegeversicherung an der solidarischen beteiligt. Das entsprechende Gesetz zur Sicherung einer nachhaltigen und gerechten Finanzierung der Pflegeversicherung wird bis zum Sommer 2006 vorgelegt.

## Weitere Handlungsfelder der Sozialpolitik

- Wir werden die bisherige Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung mit dem Ziel der gerechten Teilhabe und Chancengleichheit sowie der Vermeidung und Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung im nationalen und europäischen Rahmen weiterführen.
- Wir werden in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe ein Konzept für eine Reform der Unfallversicherung entwickeln, um das System auf Dauer zukunftssicher zu machen.
- Die Koalitionspartner bekennen sich zur Künstlersozialversicherung als einem wichtigen Instrument der Kulturförderung und der sozialen Sicherung der Künstlerinnen und Künstler.



# Neue Bundesländer



## Standort Ostdeutschland stärken

„Wir setzen den Aufbau Ost fort und tragen dazu bei, in den neuen Ländern ein wirtschaftlich selbst tragendes Wachstum zu erreichen. Wir werden deshalb die Investitionsförderung auf hohem Niveau in Ostdeutschland fortsetzen, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Weiterhin werden deutliche Akzente bei Bildung, Ausbildung und Forschung gesetzt, um Innovationen zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Ostdeutschland zu verbessern.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir wollen eine verlässliche Politik für die neuen Länder.

- Die Koalitionspartner bekennen sich ohne Abstriche zur Einhaltung der Mittelzusagen des Bundes im Rahmen des Solidarpakt II (2005 bis 2019 in Korb I 105 Mrd. Euro und in Korb II 51 Mrd. Euro). Mit einer differenzierten Förderstrategie werden Fördermaßnahmen verschiedener Politikbereiche (Innovations- und Investitionsförderung, Arbeitsmarkt- und Infrastrukturpolitik) miteinander verzahnt.
- Die Wirtschaftsförderung auf Basis des Solidarpakts II wird weitergeführt, um die Länder in die Lage zu versetzen, durch eigene Wirtschaftsförderungsinstrumente teilungsbedingte Nachteile auszugleichen und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsförderung wird auf hohem Niveau erhalten.
- Für die Mittelstands- und Existenzgründerförderung werden bis Mitte 2006 Vorschläge erarbeitet für eine erleichterte Bildung von Eigenkapital, eine bessere Kreditversorgung und ein hinreichend breites Angebot an Wagniskapital. Die Förderinstrumente der Kreditanstalt für Wiederaufbau werden diesbezüglich weiterentwickelt.
- Im Bereich Wissenschaft und Innovation hat eine Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie der Ausbau forschungsintensiver Technologiestandorte oberste Priorität.
- Bei der Errichtung neuer Großforschungseinrichtungen, im Bereich von Hochschul- und Forschungsstandorten sollen die neuen Länder angemessen berücksichtigt werden, z. B. durch die Errichtung eines Biomasse-Forschungszentrums, das die Chancen ländlicher Regionen stärken soll.
- Im Bereich der Arbeitsmarktförderung erhalten die ostdeutschen Länder einen überproportionalen Anteil der Mittel. Angebote für Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung sind unverzichtbar, um so den Wiedereinstieg in das Berufsleben zu ermöglichen oder die Beschäftigungsfähigkeit zu sichern. Im ersten Halbjahr 2006 wollen wir konkrete Vorschläge für den Abbau der Arbeitslosigkeit von Geringqualifizierten vorlegen.
- Das Bund-Länder-Ausbildungsplatzprogramm für Ostdeutschland wird fortgesetzt.
- Die Förderpolitik wird in gemeinsamer Verantwortung der neuen Länder und des Bundes konsequent auf Schwerpunkte ausgerichtet. Die Länder können damit ihre Stärken ausbauen und für die Generierung nachhaltigen Wirtschaftswachstums in ihrer Region nutzen.

## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass die Zusagen des Solidarpaktes II vollständig erfüllt, finanzielle Hilfen effizient und flexibel eingesetzt werden. Dies soll in einem jährlichen Fortschrittsbericht überprüft werden.
- Wir haben durchgesetzt, dass die Investitionszulage über 2006 fortgeführt wird.
- Wir haben durchgesetzt, dass bürokratische Hemmnisse in Ostdeutschland abgebaut werden
- Wir haben durchgesetzt, dass das ALG II in den neuen Bundesländern auf West-Niveau angehoben wird.
- Wir haben durchgesetzt, dass das Stadtumbau-Programm Ost auch über das Jahr 2009 hinaus fortgesetzt wird.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass es beim Ausstieg aus der Atomenergie bleibt. Der Atomkonsens wird nicht in Frage gestellt.
- Wir setzen weiterhin auf eine energiepolitische Strategie „Weg vom Öl“.
- Wir halten an dem Ziel fest, den Anteil erneuerbarer Energien schrittweise zu erhöhen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz bleibt bestehen und wird vernünftig weiterentwickelt.
- Wir haben durchgesetzt, dass das Programm zur energetischen Gebäudesanierung fortgesetzt und finanziell aufgestockt wird.

## Sichere und nachhaltige Energieversorgung

„Energiepolitik ist grundlegende Wirtschafts-, Struktur- und Klimapolitik. Eine sichere, kostengünstige und umweltgerechte Versorgung mit Energie ist elementare Voraussetzung einer modernen und leistungsfähigen Volkswirtschaft. Sie ist eng verzahnt mit Industrie-, Technologie-, Mittelstands- und Außenwirtschaftspolitik. Deutschland braucht daher ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das eine Vorsorgestrategie im Hinblick auf weltweit knapper werdende fossile Ressourcen beinhaltet. Ein tragfähiges energiepolitisches Gesamtkonzept muss einen ausgewogenen Energiemix zugrunde legen.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Es bleibt beim Ausstieg aus der Atomenergie.

- Zwischen CDU, CSU und SPD bestehen bei der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung unterschiedliche Auffassungen. Deshalb werden die zwischen Bundesregierung und Energieversorgungsunternehmen geschlossene Vereinbarung und die in der Novelle des Atomgesetzes getroffenen Regelungen nicht geändert.
- CDU, CSU und SPD bekennen sich zur nationalen Verantwortung für die sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle und haben sich vorgenommen, in dieser Legislaturperiode eine Lösung dieser Frage zu finden.

### Wir stehen zu einer verlässlichen, abgestimmten Kohle-Politik.

- Mit dem deutschen Steinkohlebergbau, dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Saarland werden wir die Zukunft der Kohle-Subventionen abstimmen. Die bis 2008 erteilten Zuwendungsbescheide sind rechtsverbindlich.

### Erneuerbare Energien werden weiter gefördert.

- Wir wollen den Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2010 auf 4,2%, bis 2020 auf 10% und danach kontinuierlich entsprechend der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie steigern.
- Das Erneuerbare-Energien-Gesetz wird in seinen Grundsätzen fortgeführt, zugleich aber die wirtschaftliche Effizienz der einzelnen Vergütungen bis 2007 überprüft.
- Kraftstoffe und Rohstoffe aus Biomasse können einen wichtigen Beitrag zur Energieversorgung und zum Klimaschutz leisten. Wir werden daher die Kraftstoffstrategie mit dem Ziel weiterentwickeln, den Anteil von Biokraftstoffen am gesamten Kraftstoffverbrauch bis zum Jahr 2010 auf 5,75% zu steigern.
- In der Steigerung der Energieeffizienz steckt ein riesiges Potenzial. Wir wollen bis 2020 eine Verdopplung der Energieproduktivität gegenüber 1990 erreichen und das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm auf ein Fördervolumen von mind. 1,5 Mrd. Euro pro Jahr erhöhen. Zudem wollen wir die Modernisierung der Kraftwerke vorantreiben und den Ausbau von dezentralen und hocheffizienten Kraftwerken fördern.

### Die Ökosteuer bleibt stabil.

- Im Interesse einer preisgünstigen Energieversorgung wird die Ökosteuer nicht weiter erhöht. Die geltenden Entlastungsregelungen bei der Ökosteuer für die Industrie werden beibehalten.

# Infrastruktur



## Mobile Gesellschaft – moderne Kommunen

„Unsere Verkehrspolitik ist sich ihrer Verantwortung für Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt in Deutschland bewusst. Wir wollen mit einer integrierten und nachhaltigen Verkehrspolitik gute Voraussetzungen für die erforderliche Mobilität von Menschen und Gütern, für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze schaffen. Dazu gehören vor allem Erhalt, Modernisierung, Ausbau, bessere Nutzung, Anpassung und Vernetzung der Verkehrsinfrastruktur....

Stadtentwicklung ist moderne Struktur- und Wirtschaftspolitik. Urbanität, Nutzungsvielfalt und Lebendigkeit sind Markenzeichen deutscher Städte und Gemeinden. Wir werden die Städte und Gemeinden – auch des ländlichen Raums – bei der Bewältigung des demographischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels und dem Erhalt historischer Bausubstanz weiter unterstützen.... Selbst genutztes Wohneigentum, Mietwohnungsbau und genossenschaftliches Wohnen bleiben die drei Säulen der Wohnraumversorgung.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Unsere Handschrift

- Wir werden dafür sorgen, dass für den Ausbau der Infrastruktur privates Kapital im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften mobilisiert wird.
- Schienenverkehr hat auch in Zukunft eine hohe Priorität.
- Unsere Politik einer sozialen Stadtgestaltung wird fortgeführt.

### Wir wollen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur.

- Um die bestehende Verkehrsinfrastruktur zu erhalten und auszubauen, werden wir die Investitionen deutlich erhöhen und verstetigen.
- Wir wollen mehr privates Kapital für den Verkehrswegebau mobilisieren. Deshalb eröffnen wir neue Wege der Finanzierung durch Public-Private-Partnership.
- Wir werden auch weiterhin den Öffentlichen Personennahverkehr mit einem ausreichenden Finanzierungsbeitrag auf hohem Niveau fördern.
- Die Bahnreform wird fortgesetzt.

### Wir wollen moderne und soziale Städte.

- Wir halten an der Städtebauförderung als gemeinsamer Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden fest.
- Das Programm Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt – soll weiterentwickelt und auf die gesetzlichen Ziele konzentriert werden.

### Wir sorgen für eine sichere Wohnraumversorgung.

- Wir werden das genossenschaftliche Wohnen auf der Grundlage der Empfehlungen der Expertenkommission Wohnungsgenossenschaften weiterentwickeln.
- Unser politisches Ziel bleibt die Wohneigentumsbildung von Familien mit Kindern. Das Wohneigentum soll in die geförderte Altersvorsorge besser integriert werden.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass bewährte Instrumente des Umweltschutzes beibehalten werden.
- Wir haben durchgesetzt, dass auch künftig umweltschonende Technologien als Zukunftstechnologien gefördert werden.
- Wir haben durchgesetzt, dass sich auch die künftige Bundesregierung am Ziel der Nachhaltigkeit orientiert.

## Intakte Natur schafft Lebensqualität

„CDU, CSU und SPD wollen eine nachhaltige Entwicklung. Eine intakte Natur, reine Luft und saubere Gewässer sind Voraussetzungen für hohe Lebensqualität. Wir betrachten den Umweltschutz als gemeinsame Aufgabe von Staat, Bürgern und Wirtschaft. Wir setzen auf Kooperation und auf eine Kombination von Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Bürgerinnen und Bürger, auf Markt und Wettbewerb sowie auf die notwendigen verbindlichen Rechtsnormen und ihre wirksame Kontrolle. Eine ambitionierte Umweltpolitik gehört für uns zu einer modernen Gesellschaft und leistet einen Beitrag zum weltweiten Klimaschutz. Sie kann zum Motor werden für

- die Entwicklung und die weltweite Vermarktung von Zukunftstechnologien,
- die Erhöhung der Energie- und Ressourcenproduktivität und damit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft,
- die Schaffung neuer, qualifizierter und sicherer Arbeitsplätze.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir stärken den Klimaschutz.

- Wir entwickeln das nationale Klimaschutzprogramm weiter.
- Wir arbeiten an einem internationalen Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012.
- Die effizientere ökologische und ökonomische Gestaltung des Emissionshandels bleibt wichtiges Instrument des Klimaschutzes.

### Wir ordnen das Umweltrecht neu.

- Das Umweltrecht soll vereinfacht und in einem Umweltgesetzbuch zusammengefasst werden.
- Wir starten eine Initiative für die notwendige innere Harmonisierung und Vereinfachung des europäischen Umweltrechts.

### Wir bewahren das nationale Naturerbe.

- Wir bauen eine neue Partnerschaft von Naturschutz, nachhaltiger Landwirtschaft und umweltverträglichem Tourismus auf.

### Wir fördern den Immissionsschutz im Verkehrsbereich.

- Wir wollen, dass der Kraftstoffverbrauch von Fahrzeugen weiter gesenkt und damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Straßenverkehr gesenkt werden.

### Wir verhindern Umweltdumping.

- Wir setzen uns für ein europaweit einheitlich hohes Umweltschutzniveau mit anspruchsvollen Standards für die Abfallentsorgung ein.
- Wir wollen die Abfallwirtschaft hin zu einer nachhaltigen ressourcenschonenden Stoffwirtschaft weiterentwickeln.

### Wir fördern eine nachhaltige Entwicklung.

- Wir schreiben die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie fort.

# Verbraucher



## Querschnittsaufgabe Verbraucherschutz

„Verbraucherpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die beinahe sämtliche Bereiche der politischen Agenda betrifft. Neben den Fragen der Lebensmittelsicherheit und des allgemeinen gesundheitlichen Verbraucherschutzes haben rechtliche und wirtschaftliche Fragen an Bedeutung gewonnen. Wir wollen eine Verbraucherpolitik, die nicht auf bürokratische Reglementierungen, sondern auf die gestaltende Funktion im Wettbewerb setzt.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass es ein Verbraucherinformationsgesetz geben wird.

#### Wir wollen die Verbraucherrechte stärken.

- Wir wollen ein Verbraucherinformationsgesetz, das den hohen Ansprüchen der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Information über gesundheitsgefährdende oder risikobehaftete Produkte gerecht wird und nicht zu unverhältnismäßiger Bürokratie führt.
- Wir wollen die unabhängige Verbraucherberatung sicherstellen, damit sich Verbraucherinnen und Verbraucher und Wirtschaft auf gleicher Augenhöhe gegenüberstehen.
- Wir wollen eine bessere länderübergreifende Koordination der Lebensmittelkontrolle.
- Die Bundesregierung wird regelmäßig einen verbraucherpolitischen Bericht vorlegen.

# Landwirtschaft



## Wettbewerbsfähige Landwirtschaft

Wir wollen eine starke und wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Fischerei- und Ernährungswirtschaft in Deutschland. Diese Wirtschaftsbereiche erbringen eine hohe Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze in vornehmlich ländlich geprägten Regionen und haben eine große Bedeutung: Für die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, als Rohstoff- und Energielieferanten, für die Pflege und den Erhalt der Kulturlandschaft sowie die Stabilisierung des ländlichen Siedlungs- und Wirtschaftsraumes. (Originaltext Koalitionsvereinbarung)

#### Wir wollen eine nachhaltige Landwirtschaft.

- Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe stärken und Bürokratie abbauen.
- Wir treten für faire Wettbewerbsbedingungen in allen Teilen der EU ein.
- Tierschutz als Staatsziel ist für uns Verpflichtung und Leitfaden. Wir wollen, dass die Ersatzmethoden zu Tierversuchen auf nationaler und europäischer Ebene zügig weiterentwickelt werden.
- Der Schutz von Mensch und Umwelt bleibt, entsprechend dem Vorsorgegrundsatz, oberstes Ziel des deutschen Gentechnikrechts. Die EU-Freisetzungsrichtlinie wird zeitnah umgesetzt und das Gentechnikgesetz novelliert. Die Regelungen sollen so ausgestaltet werden, dass sie Forschung und Anwendung in Deutschland befördern.



## Unsere Handschrift

- Wir haben erreicht, dass die Bundeswehr in Deutschland nicht als Hilfspolizei eingesetzt wird.
- Wir haben durchgesetzt, dass die Programme gegen Rechtsextremismus fortgesetzt werden.
- Wir haben deutlich gemacht, dass Innere Sicherheit nicht an unseren Grenzen endet. Gemeinsam mit unseren Freunden werden wir auch in Zukunft auf diese Dimensionen des internationalen Terrorismus mit entsprechenden Gesetzen schnell und wirkungsvoll reagieren, möglichst präventiv, wo nötig repressiv.

## Sicherheit in Freiheit

„Sicherheit ist die Voraussetzung für ein Leben in Freiheit. Sie zu garantieren, ist Aufgabe unserer staatlichen Ordnung.“

Toleranz und Weltoffenheit sind Markenzeichen einer freiheitlichen Gesellschaft. Deshalb dürfen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus keine Chance haben.

CDU, CSU und SPD stehen für einen handlungsfähigen Staat, der die Sorgen und Nöte seiner Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt, Recht und Gesetz konsequent durchsetzt und die Freiheitsräume seiner Bürger schützt. Angesichts der Bedrohung durch den internationalen Terrorismus greifen innere und äußere Sicherheit immer stärker ineinander. Dem begegnen wir durch eine konsequente Sicherheitspolitik.“ (Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Die Bekämpfung des Terrorismus bleibt wesentliche Aufgabe aller deutschen Sicherheitsbehörden.

- Auf Basis der Vorarbeiten der Innenministerkonferenz soll schnellstmöglich eine Antiterrordatei geschaffen werden.
- Polizeiliche und militärische Aufgaben bleiben bei der Bekämpfung des Terrorismus strikt getrennt.
- Das Bundeskriminalamt erhält Präventivbefugnisse zur Abwehr von Gefahren des Terrorismus.
- Unter Wahrung des Datenschutzes sollen biometrische Verfahren verstärkt eingesetzt werden und das Pass- und Personalausweisgesetz dahingehend ergänzt werden.

### Wir kämpfen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

- Wir wollen den Kampf gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, für Demokratie und Toleranz fortführen und auf Dauer verstetigen. Es ist unser erklärtes Ziel, das Verständnis für die gemeinsamen Grundwerte und kulturelle Vielfalt zu entwickeln und damit die Achtung der Menschenrechte zu fördern bzw. jede Form von Extremismus, auch von links, zu bekämpfen.

### Wir setzen auf gesteuerte Migration und Integration.

- Migration und Wanderungsbewegungen sind eine zentrale Herausforderung unserer Zeit. Eine gelungene Integration der Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, ist von grundlegender Bedeutung für die innere Verfassung unserer Gesellschaft. Integration kann nur gelingen, wenn Migration gesteuert und begrenzt wird.
- Integrationsmaßnahmen von Ausländern und Aussiedlern bleiben ein Schwerpunkt der Politik der Bundesregierung und sie bündeln sich im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dessen Kompetenz gestärkt wird.
- Die Rückführung von ausreisepflichtigen Ausländern soll verbessert und die Abschiebung von Straftätern erleichtert werden.
- Zwangsverheiratungen sind zu verurteilen und werden als Strafbestand in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

# Justiz



## Kriminalität wirksam bekämpfen.

Menschen wollen in rechtlich verlässlichen Strukturen frei und sicher leben. Rechtspolitik schafft den Ausgleich zwischen dem Bedürfnis der Menschen nach Sicherheit und ihrem grundgesetzlich garantierten Recht auf Freiheit. Wir werden auch in Zukunft den rechtlichen Rahmen garantieren, um Kriminalität auf allen Ebenen zu bekämpfen. Dazu gehören wirksame Strafgesetze, eine effektive und schnelle Strafverfolgung und der konsequente Umgang mit Straftätern.  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir gestalten eine moderne Rechtspolitik.

- Dort wo Lücken im Strafrecht bestehen oder entstanden sind, werden diese geschlossen.  
Dies trifft z. B. folgende Tatbestände: „Stalking“, Zwangsverheiratungen, Zwangsprostitution, Sachbeschädigung durch Graffiti, Sexualdelikte, terroristische Delikte.  
Ebenso sollen Strafzumessungsregelung, Telekommunikationsüberwachung, DNA-Analyse, Europäischer Haftbefehl, Maßregelvollzug, Jugendstrafvollzug und familiengerichtliche Maßnahmen auf ihre zeitgemäße Ausgestaltung überprüft werden.
- Rechtspolitik soll auch beim Verbraucherschutz fortgeschrieben werden. Das Versicherungsvertragsrecht, die Entschuldung mittelloser Personen und das Forderungssicherungsgesetz sollen weiterentwickelt werden.
- Unsere Gesellschaft ist toleranter geworden. Sie nimmt auf Minderheiten Rücksicht. Sie akzeptiert unterschiedliche Lebensentwürfe. Die Rechtspolitik wird diese Entwicklung weiter begleiten und fördern, durch: die EU-Gleichbehandlungsrichtlinien, das Unterhaltsrecht, die Patientenverfügung und eine Regelung des Verfahrens zur Feststellung der Vaterschaft.

### Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Justiz sichern.

- Es wird ein Gesamtkonzept für eine nachhaltige Sicherung der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Justiz bei voller Wahrung rechtsstaatlicher Standards erstellt. Die organisatorischen, institutionellen und verfahrensrechtlichen Strukturen sollen gestrafft und überschaubarer gemacht werden, das Gerichtsverfassungs- und Verfahrensrecht vereinheitlicht und vereinfacht sowie die Änderung der Streitkultur befördert werden.

## Unsere Handschrift

- Wir haben uns dafür eingesetzt, die Kriminalitätsbekämpfung europaweit voranzutreiben.
- Wir haben uns dafür eingesetzt, dass unter Wahrung der Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher ein neues Verfahren zur Entschuldung mittelloser Personen geschaffen wird.
- Durch unseren Einsatz wird die Offenlegung der Managergehälter in Unternehmen mit überwiegender Bundesbeteiligung als gesetzliche Pflicht eingeführt.

## Kultur und Medien



### Unsere Handschrift

- Wir haben das zivilgesellschaftliche Engagement gefördert, damit sich kulturelle Initiativen entwickeln können.
- Wir haben deutlich gemacht, dass kulturelle und mediale Vielfalt ein wertvolles Gut ist, das es auf europäischer Ebene zu verteidigen gilt.

### Kreativität fördern

„Im Mittelpunkt der Kulturpolitik steht die Förderung von Kunst und Künstlern. Ihre Kreativität ist eine wichtige Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Kulturförderung ist keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Der Bund trägt Verantwortung für die Kultur.

Auch wenn die Förderung von Kunst und Kultur primär Aufgabe von Ländern und Kommunen ist, hat der Bund eine Reihe von wichtigen Aufgaben zu erfüllen. Der Etat für Kultur und Medien ist der kleinste im Bundeshaushalt und ist daher besonders sensibel. Umso dringlicher ist es, die vorhandenen Mittel effizient einzusetzen.

- Die Kulturförderung in den neuen Ländern wird fortgesetzt, die besondere Verantwortung des Bundes für die „Kulturhauptstadt“ Berlin wird anerkannt.
- Die Kulturstiftung des Bundes und die Kulturstiftung der Länder werden zusammengesetzt.
- Die Rahmenbedingungen im Kulturbereich sollen verbessert werden, z. B. durch Gesetzesänderungen im Stiftungs- und Vereinsrecht.
- Durch eine Reform der Medien- und Kommunikationsordnung sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für den Medienstandort Deutschland modernisiert werden.
- Ebenso müssen die Rahmenbedingung für die deutsche Filmwirtschaft verbessert werden.



### Unsere Handschrift

- Wir haben die Bedeutung der ehrenamtlich Tätigen in Sportvereinen und -verbänden deutlich gemacht.
- Wir haben uns eingesetzt für die Gleichrangigkeit von Behinderten- und Nichtbehindertensport.

### Sport bewegt die Menschen.

„Deutschland ist ein anerkanntes Sportland mit sportbegeisterten Menschen. Sport bewegt die Menschen und fördert die soziale Integration.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir fördern Breiten-, Spitzen- und Behindertensport.

Sport ist als Prävention gegen zunehmenden Bewegungsmangel insbesondere bei Kindern und Jugendlichen verstärkt zu nutzen und zu unterstützen. Durch viele Welt- und Europameisterschaften hat sich Deutschland als gastfreundliches, weltoffenes und sportbegeistertes Land präsentiert; so werden wir es auch bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 halten.

- Wir wollen den Breiten-, Spitzen- und Behindertensport weiter fördern.
- Wir werden die Neuorganisation des deutschen Spitzensports positiv begleiten und sein Bemühen um einen sauberen und fairen Sport unterstützen. Deutschland wird seine Verpflichtungen aus dem Welt-Anti-Doping-Code umsetzen.
- Wir führen den „Goldenen Plan Ost“ für den Sportstättenbau in Ostdeutschland weiter.

## Sport



# Internationale Politik

## Deutschland bleibt Friedensmacht

„CDU, CSU und SPD treten dafür ein, dass Deutschland darauf dringt, Konflikte friedlich zu lösen. Deutschland hat starke Partner in der NATO, um seine äußere Sicherheit zu gewährleisten. Gemeinsam mit unseren Partnern – auch in der Europäischen Union und in den internationalen Institutionen – fördern wir Demokratie und Menschenrechte weltweit. Europa und die Vereinigten Staaten von Amerika verstehen wir als Teile derselben Wertegemeinschaft. Für die Koalitionspartner ist die Stärkung der außenpolitischen Rolle der Europäischen Union und eine Vertiefung der Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika daher kein Gegensatz, sondern eine notwendige Ergänzung, die den nationalen Interessen unseres Landes dient.“

Gemeinsam mit unseren Partnern werden wir uns dafür einsetzen, den Prozess der Globalisierung gerecht zu gestalten und die Armut global zu bekämpfen.“  
(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

Deutsche Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik dient dem Frieden in der Welt. Für Frieden, Freiheit und Sicherheit sowie für eine Politik, die Demokratie und soziale Gerechtigkeit fördert, bleiben europäische Integration und atlantische Partnerschaft von überragender Bedeutung.

### Wir setzen auf Prävention und Konfliktlösung.

Grundlagen deutscher Außenpolitik sind die Beachtung des Völkerrechts, die Einhaltung der Menschenrechte und das Bekenntnis zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff.

- Wir wollen internationale Organisationen und die europäische Position in diesen weiter stärken.
- Wir wollen die internationale Zusammenarbeit so gestalten, dass die Organisationen Verantwortung tragen, die für die Lösung eines konkreten Problems am besten geeignet sind.
- Wir halten an unserem langfristigen Ziel der vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest und setzen uns für weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle ein.
- Wir wollen die transatlantischen Beziehungen ausbauen.
- Wir wollen die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie.

Die neue Bundesregierung betreibt eine vorausschauende Friedenspolitik, unterstützt Konfliktprävention, setzt auf Verhandlungslösungen und fördert zugleich den Ausbau der Fähigkeiten für gemeinsames militärisches Handeln.

### Wir stehen für eine gerechte Entwicklungspolitik, die Chancen und Perspektiven eröffnet.

- Wir wollen weltweit die Armut bekämpfen, den Frieden sichern, die Umwelt schützen, die natürlichen Lebensgrundlagen und die Schöpfung bewahren, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte verwirklichen sowie die Globalisierung sozial gerecht gestalten.
- Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, die den Menschen in den Entwicklungsländern Chancen und Perspektiven in ihrer Heimat eröffnen.
- Wir setzen die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen um und werden die Mittel für die Entwicklungspolitik schrittweise erhöhen.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass die Beachtung des Völkerrechts, die Einhaltung der Menschenrechte sowie das Bekenntnis zu einem umfassenden Sicherheitsbegriff Grundlagen deutscher Außenpolitik bleiben.
- Wir haben durchgesetzt, dass Entwicklungszusammenarbeit auch künftig einen wichtigen Stellenwert in den auswärtigen Beziehungen besitzt.
- Wir haben durchgesetzt, dass Deutschland sich auch künftig für Abrüstung und Rüstungskontrolle einsetzt.



## Unsere Handschrift

- Wir haben durchgesetzt, dass sich die neue Bundesregierung weiter für das Inkrafttreten der EU-Verfassung einsetzt.
- Wir haben durchgesetzt, dass das europäische Sozialmodell bei der Fortentwicklung Europas ein zentrales Leitbild bleibt.
- Wir haben durchgesetzt, dass sich die neue Bundesregierung intensiv für die Bekämpfung von Lohn-, Umwelt- und Sozialdumping engagiert.

## Für ein soziales und bürgernahes Europa

„Die Europäische Union ist Garant für politische Stabilität, Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa. Nur gemeinsam können die Europäer ihre Interessen erfolgreich wahren. Deutschland trägt aufgrund seiner Geschichte sowie seines politischen und wirtschaftlichen Gewichts eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die Entwicklung des europäischen Integrationswerks. Europa gründet auf der richtigen Verbindung von Einheit und Vielfalt. Unterschiedliche zivilisatorische und kulturelle Erfahrungen sind der Reichtum Europas. ...

Wir werden uns dafür einsetzen, dass europäische Regelungen einen funktionierenden Wettbewerb, Wachstum und wirtschaftliche Dynamik befördern und den sozialen Zusammenhalt sichern. Wir wollen das Europa der Bürgerinnen und Bürger stärken, die deutsche Europapolitik auf Basis eines fairen Miteinanders von größeren und kleineren Staaten gestalten und den Menschen auf unserem Kontinent Hoffnung für ihre Zukunft geben.“

(Originaltext Koalitionsvereinbarung)

### Wir wollen eine handlungsfähige und transparente EU.

- Wir setzen uns weiter für das Inkrafttreten der Europäischen Verfassung ein.
- Wir wollen die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft auf europäischer Ebene durchsetzen.
- Wir wollen unfairen Steuerwettbewerb in Europa verhindern und setzen uns entschieden gegen Lohn-, Sozial- und Umweltdumping ein.
- Wir wollen engere und effizientere grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität.
- Wir wollen unnötige Bürokratie, auch bei der innerstaatlichen Umsetzung von EU-Richtlinien, abbauen.
- Wir wollen ein hohes Schutzniveau für die Umwelt, ohne dabei die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen.

### Wir wollen eine solide europäische Finanzpolitik.

- Wir wollen die Verhandlungen über den EU-Haushalt von 2007 bis 2013 rasch abschließen und werden darauf achten, dass Deutschland bei den Zahlungen entlastet wird.
- Wir wollen die Reform der Agrarpolitik weiterführen.
- Wir wollen keine Benachteiligung Deutschlands bei der Neuregelung der EU-Strukturpolitik.
- Wir bekennen uns zum Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt.

### Wir betreiben eine umsichtige Erweiterungspolitik.

- Wir werden über die Ratifizierung des Beitrittsvertrages mit Bulgarien und Rumänien im Lichte der Fortschrittsberichte und Empfehlungen der Europäischen Kommission entscheiden.
- Wir begrüßen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. Dies schafft Stabilität in der Region und in ganz Europa
- Wir wollen die Vertiefung der Beziehungen zur Türkei und die Anbindung des Landes an die Europäische Union. Ziel der Verhandlungen mit der Türkei ist der Beitritt. Der Verhandlungsprozess ist aber ergebnisoffen.

## **Bildnachweis:**

Titelseite: POPEYE/Darmer; S.3: dpa (3 Fotos); S. 5, 12 u. 25: vario-press/ U. Baumgarten; S. 6: M. Scholz/ argus;  
S. 7: T. Koehler/ photothek.net; S. 8: Vichel/ Andia; S. 9 u. 24: M. Kulka; S. 10: images.de/ KPA/ Bach&Opitz; S.11: W. Filser;  
S. 13: Avenue Images/Index Stock/Canstock Images; S. 14: Wildgruber/ f1 online; S. 15: A. Stein/ JOKER; S.16: Horizon;  
S. 17: travelstock44.de; S. 18: Wolpert/ f1 online; S. 19: Voller E./ Hornback; S.20: A. Spaeth Fotoidesign;  
S. 21: www.bilderbox.com, A. Suess; S. 22: Caro/ Westermann; S. 23: Bildagentur-online/ Begsteiger;  
S. 24: plainpicture/ Huber, C.; S. 26: P. Widmann

